

Saal-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Saal-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Anzeigblatt. Die Bezugsgebühren betragen in Stadt und Land folgende durch die Post bei fester Zustellung monatlich M. 12.00, in den Postgebieten abgesehen M. 14.00 monatlich. Die abgelaufenen Abonnement-Zeile kostet im Voraus M. 2.00, im nachträglichen Verkauf M. 2.50. Refusieren die Abnehmer die Abonnement-Zeile M. 6.00 im Voraus und M. 8.00 im nachträglichen Verkauf. Abnehmer-Zeile: Die Uhr nachmittags.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Dose Dromstraße 1a und Große Dromstraße 17. Fernsprecher-Nummern: 1140, 1141, 1142. Druck-Redaktion: Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Fernsprecher-Nr. 1141. Verlags-Redaktion: Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Fernsprecher-Nr. 1141. Verlags-Redaktion: Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Fernsprecher-Nr. 1141.

Fahnen auf Halbmast.

Abschied von Oberschlesien / Trauerkundgebungen im Reichstag / Die Reparationsnote / Mißtrauens-Antrag der Deutschnationalen / Abstimmung erfolgt erst am Mittwoch / Wieder eine neue Entente-Schikane.

Der deutsch-polnische Vertrag.

Reichstag.

Berlin, 30. Mai.

Um 11 Uhr 15 Min. wird die Sondersitzung des Reichstages, betreffend das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien eröffnet. Die Sitzung kennzeichnet sich schon äußerlich als Kundgebung der Trauer über die Losreißung des großen Teiles Oberschlesiens. Die Fahnen des Reichstages wehen auf Saal und Tribüne. Im Saal hängt gegenüber dem Präsidentenplatz das weiß-rot-schwarze Banner Schlesiens mit dem schwarzen schlesischen Adler, von Trauerflor umfäumt. Die erste Beratung wird ohne jede Aussprache erledigt. In zweiter Lesung berichtigt

Abg. Soest (Dn.) über die Ausschussberatungen. Die von der Entente diktierte Fassung der deutsch-polnischen Abmachung ist von allen Parteien als ein Bruch des Reichsgebietes bezeichnet worden, gegen den feierlich Protest eingelegt worden ist. Der Ausschuss dankt den deutschen Unterhändlern in Genf, vor allem auch dem Leiter der Verhandlungen, dem schweizerischen Staatsmann Calonder. Redner betont, daß die Genfer Verhandlungen unter dem tragischen Zwang für Deutschland standen, im Interesse der deutschen Bevölkerung des losgerissenen Landes diesen deutsche Recht und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auszuweisen zu lassen. Der Ausschuss ruft den Deutschen in dem jetzt volljährig gewordenen Gebiet zu: Bleibt in diesem Lande! Nutzt die großen Reichsleistungen, die euch in mühseliger Arbeit gegeben worden sind! Stellt damit die Grundlage des kulturellen und wirtschaftlichen Aufstiegs in dem jetzt polnisch gewordenen Lande dar. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Abkommens und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die polnische Regierung das Abkommen mit derselben Loyalität durchführen werde wie die deutsche. Redner schließt unter lebhaftem Beifall mit folgenden Abschiedsworten an die von Deutschland losgerissene Bevölkerung, mit der Deutschland immer geistig verbunden bleiben werde. Schließlich beantragt der Ausschuss, die von Dr. Schiffer in Genf und vom Reichstag ausgesprochene Resolution zu erneuern gegen die Losreißung Oberschlesiens zu wiederholen. (Beifall.)

Reichskommissar Dr. Schiffer

führt aus: Der Vertrag sei zwar kein vollkommenes Instrument, wie es überhaupt unmöglich sei, die dem deutschen Volkstempel durch Gewalt zugefügte Wunde durch juristische Reklamationen zu heilen. Mit der Unterzeichnung könne die Vergangenheit nicht ausgelöscht werden. Diese Unterzeichnung bedeute seinen Willen, mit unserer Rechtsverwaltung, (Beifall.) Redner schildert noch einmal das Zustandekommen der Losreißung und Teilung Oberschlesiens und sagt dazu: Ich muß diese Dinge hier nochmals betonen, weil nicht Gas waschen darf über all diese Dinge. Der Gedanke der Welterneuerung und des Friedens darf nicht dazu benutzt werden, aus Unrecht Recht zu machen, darf nicht mißbraucht werden als

Defendant für tralle Gewalt!

(Leb. Beifall.) Ich darf das sagen, weil ich in Genf gesehen habe, daß ich kein Gewalt- und Kollisionspolitiker bin. Ich habe die Völkerbundstheorie abgelehnt, dem Deutschland kann sich nicht den Luxus einer Politik fortgesetzter Streitigkeiten und Feindseligkeiten leisten. Wir rufen den von uns losgerissenen Volksgenossen zu: Erfüllt Eure Staatsbürgerpflichten unter polnischer Regierung, aber unbeschadet Eurer Pflichten könnt Ihr Euer deutsches Leben weiterführen, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in kultureller und idealer. Arbeitet weiter, aber bleibt auch in fremden Lande auch Deutsche! (Leb. Beif.)

Als einer der Abgeordneten, die durch die Losreißung Oberschlesiens zu polnischen Staatsbürgern werden, erklärt der Abg. Zschemit-Nikolai i. Oberhl. (Zr.): Im Namen der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens habe auch ich einige Worte des Abschieds zu sagen. Wir haben aus vaterländischem und aus Rechtsinn für Deutschland getrimmt. Der Völkerbund hat den Willen der deutschen Mehrheit mißachtet und den lebendigen einheitlichen Organismus Oberschlesiens zerfallen. Über 400 000 deutsch führende Bewohner werden durch eine willkürliche geographische Grenze zu polnischen Staatsbürgern gemacht. Wir werden unsere Staatsbürgerpflicht erfüllen, aber unter deutsches Volkstum werden wir nicht aufgeben. (Leb. Beif.) Die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum kann uns kein Maßpruch aus dem Herzen reißen. (Leb. Beif.)

Abg. Oronski (So.) erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Abkommen. Er spricht sich dem Protest gegen die Losreißung Oberschlesiens Gebietes an und verliert unter lebhaftem Beifall, daß auch die zu polnischen Staatsbürgern gewordenen Oberschlesier sich dem deutschen Volkstum und deutscher Kultur immer verbunden fühlen würden.

Abg. Ullrich (Ztr.) Das Zentrum wird für das Abkommen stimmen, wie wiederholen aber bei dieser Gelegenheit unlenk entscheidenden Protest gegen die Teilung Oberschlesiens, die

juristisch ein Rechtsbruch,
politisch ein Verbrechen,
wirtschaftlich ein Verbrechen

ist. Wir ermahnen von der Entente eine Wiedergutmachung der Schäden, die über die oberlesische Bevölkerung gekommen sind. Unter der Ententebedingung, die eine Verzicht des Schiedens und Unfalls war. Wir erwarten auch, daß der Kulturgenuss der Bevölkerung am Rhein bald ein Ende gemacht wird.

Reichsanwalt Dr. Wirth spricht in kurzen Ausführungen den Dank der Reichsregierung aus für die Arbeit der deutschen Unterhändler in Genf. Er dankt besonders herzlich dem Abgeordneten Speckfort und der oberlesischen Bevölkerung. Ihre und Ruhm der Oberlesier, die für ihre heimatische Erde gestanden sind. (Beifall.)

Abg. Frau Sander (USP.) protestiert gegen die Teilung Oberschlesiens, durch die über die Menschen wie über die Ware verfügt worden sei. Als die Rednerin erklärt, ihre Partei bekämpfe den Imperialismus in allen Ländern, auch in Deutschland, kommt aus der Deutschen Volkspartei lauter Widerspruch. Als sie die frühere deutsche Regierung für die Schaffung des Königreichs Polen verantwortlich macht, verlassen die meisten Abgeordneten der Rechten den Saal. Die Rednerin stimmt dem Abkommen zu, lehnt aber die Rechteverwaltung mit der Begründung ab, ihre Partei habe für ihren Protest ganz andere Motive. (Beif. d. d. USP.)

Abg. Bergt (Dn.) lehnt den Vertrag aus grundsätzlichen Bedenken ab, nämlich der Rechteverwaltung des Ausmaßes zu und schließt unter lebhaftem Beifall der Rechten mit der Regierung, daß die deutsche Bevölkerung durch die Losreißung des großen Teils des auf ewig ungeteilten und deutsch bleibenden oberlesischen Landes wieder mit der deutschen Heimat vereinigt sei.

Abg. v. Rheinbaben (Dkt.) lehnt den Vertrag ab, weil er nicht mit der Verfassung und der Verfassung des losgerissenen Oberschlesien, sich zu bleiben in unfernen Glauben an den Tag der Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande. (Leb. Beif. rechts.)

Abg. Bohmann (Dm.) wiederholt die feierliche Rechtsverwaltung seiner Partei gegen die Einseitigkeit der Volksherrschaft und dankt der losgerissenen Bevölkerung für die deutsche Heimat. Seine eigene Trauer über die fortschreitende Trennung hinaus dauern würde. Dem Vertrage stimmt Redner zu.

Abg. Emminger (Dkt.) gibt eine ähnliche Erklärung ab. Hülse (Komm.) erklärt, den nationalpolitischen Rummel nicht mitzumachen, worauf die meisten Abgeordneten der Rechten unter Fuhrer den Saal verlassen. Redner dankt dem Genfer Gesamtvertrag ebenso ab wie seinerzeit den Berliner Randvertrag.

Hierauf wird das Abkommen in zweiter und dritter Beratung mit Zweidrittelmehrheit gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen.

Präsident Loebe knüpft an die Feststellung der Annahme des Abkommens die Trauer über den Verlust Oberschlesiens, die von den Abgeordneten und Regierungsdirektoren in eben dargelegter Weise. — Der Präsident schließt: An Gott getraut, in Treue vereint. Unvergänglich möge diese Treue hüben und drüben sein. Unvergänglich auch die Rechtsverwaltung, die die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

Saal behaltelcher Annahme der mit dem Vertrag zusammenhängenden Rechtsabkommen wird gegen 12 Uhr die Vormittags-sitzung geschlossen.

Aussprache über die Reparationspolitik.

Am 2½ Uhr wird die Sitzung eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen. Als eine Anfrage des Abgeordneten von Schöner (Deutsche Volkspartei) über die Regierungsdirektoren, daß der Bericht des „Vorwärts“ über die Erschießung eines deutschen Arbeiters Bagener in Bodenheim am Rhein durch einen französischen Wehrdienstsoldaten zutrifft. Der Täter sei zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auf die durch den deutschen Volksherr gestellten Rechtsansprüche der Hinterbliebenen siehe eine Antwort der französischen Regierung nach aus dem Reichstag. Die Hinterbliebenen aus deutschen Mitteln gefordert werden. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Wolf (Deutsche Volkspartei) wegen der Tötung eines 10jährigen Mädchens in Duisburg durch einen belgischen Gendarmen wird von der Regierung mitgeteilt, daß der Täter zu 7 Jahren Zuchthaus, Reparation und Geldstrafe verurteilt worden sei.

Sodann wird die Aussprache über Genoa fortgesetzt. Abgeordneter Doehls (Dn.): Die deutsche Reichsregierung behandelt jeder das Reparationsproblem in ähnlicher Weise wie die Genueser Konferenz, weil sie uns über die wichtigsten bei den Pariser Reparationsverhandlungen im Unklaren läßt. Das sieht so aus, als wenn sie nicht den Mut hätten, ihre Mächten vor dem Reichstag zu verteidigen. Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Der Reichstag möge, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsnotlagen in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstages nicht vereinbar ist. Unter diesen Umständen verlagert der Reichstag der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen. (Vf. rechts.)

Redner weist darauf hin, daß im Gegensatz zu dem Vermittlungswillen Koinarés und der französischen Kammermehrheit in der Welt deutsch eine politische Verflechtung zu beobachten sei, die auf eine Völkerbund-Französisches hinausläuft. Demgegenüber hat es bei den Verhandlungen sowohl an der Erfüllung mit dem Reichstag, wie an der Bildung mit dem einzelnen Regierungsteilnehmern gefehlt. Die Regierung hat erklärt, daß die Sicherstellung nicht noch weiter angeknüpft werden könne. Wie verhält sich das mit den Abmachungen in Paris? Wir protestieren gegen die Reparationsabmachungen in der Richtung, wie sie jetzt in Paris eingeleitet worden ist. Großabstimmungen sind für uns jetzt unmöglich. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder unerfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das lehnen wir ab und brechen der Regierung in dieser Sache unter schärfstem Mißtrauen aus. Dem Abjähren des Kavallovertrages hätte ich persönlich für richtig und angemessen.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum wird auf Mittwoch am 12. und 1. Uhr zurückgeleitet.

Abg. Kripien (US) gegen den deutschen Kapitalismus unter lebhaftem Protest der Volkspartei den Vorwurf, die Wirtschaft leiste eine Bestätigung des Ruhrgebietes. Gegen den Kavallovertrag hat Redner nicht einzutreten, mißbilligt aber die Methoden bei seinem Abschluß.

Abg. Dr. Seder (Bürgerliche Volkspartei): Wenn das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen die Regierung verhindern sollte, überhaupt in Paris zu verhandeln, so wäre ein solcher Eingriff in die schwedischen Verhandlungen ein unangehöriges Verfahren des Reichstages. Seine Partei hätte sich mit der Abstimmung zurück, bis sie klarer über die Methoden der Pariser Verhandlungen sein mancherlei Bedenken vorzubringen. Die Anwesenheit der deutschen Regierung in Paris ist ein Zeichen der Schwäche.

Abg. Dr. Dernburg (Dm.): Lieber die Pariser Reparationsverhandlungen sind die Parteien von der Regierung sehr eingehend unterrichtet worden. Wir hier aus tiefer Gemottheit ein Mißtrauensvotum mit angeblichen Verleumdungen gegen das parlamentarische System nicht begründen will, der kennt das parlamentarische System nicht. Redner begrüßt den Kavallovertrag, der dem Geist von Genoa entspricht, von dem bei den übrigen Mächten recht wenig zu hören war. Da die Bedingungen für Anleihen nicht vom Schuldner, sondern vom Gläubiger gemacht werden, müssen wir uns

auf schwere Bedingungen gefaßt

machen. Jedemfalls muß für eine langfristige Anleihe, da uns eine kurzfristige nichts nützt, erst die Grundlage durch eine Neuordnung des Reparationsproblems geschaffen werden. (Beifall.)

Abg. Schum (Bürgerliche Volkspartei) begrüßt den Mißfall des Kavallovertrages und stimmt dem Mißtrauensantrag zu, daß die Politik der Termine endlich aufgegeben werden müsse.

Abg. Frölich (Komm.): Die vom Minister Hermes in Paris gemachten Verträge veranlassen uns, der Regierung das schärfste Mißtrauen auszusprechen. Die Rechte Politik liefert die deutsche Arbeiterschaft vollständig dem ausländischen Kapitalismus aus.

Abg. Vater (So.) protestiert im Namen der Bevölkerung des belgischen Gebietes gegen die trotz Unterzeichnung des Londoner Ultimatus aufrechterhaltenen militärischen Sanktionen, die sich auf kein Recht stützen, vielmehr lediglich der Ausübung der Gewalt dienen und damit dem Völkerrecht verstoßen.

Demit schließt die Aussprache über Genoa.

Morgen vormittag 11 Uhr: Beratung über das Mißtrauensvotum und seine Vorlagen.

Schluß nach 8 Uhr abends.

Wortlaut der deutschen Note.

Die deutsche Note, die dem Reparationsausschuß in Paris übergeben wurde, hat im wesentlichen folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich auf das Eitrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen einer gewissen Frist verfügbar wird, unternehmen es die deutsche Regierung sich mit der Angelegenheit auf folgende Grundlage zu befassen: Der binnen der nächsten sechs Monate zu beschaffende Betrag von 200 Millionen Mark soll als der normale Schuld eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag übersteigert, so werden Schritte getan werden, um überzuleisten, daß die Restschuld innerhalb der folgenden drei Monate zurück-

begehrt wird, die Ausgaben der drei Monate übersteigen, sobald solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder b) durch die Aufnahme von Krediten auf anderem Wege als den der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht. Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der laufenden Schuld am Ende des Monats noch den normalen Höchstbetrag übersteigt, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuerregimes einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen, mit dem Ziel, daß noch in dem laufenden Rechnungsjahre oder wenn danach mehr als die Hälfte abbezahlt ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist als der bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres noch weiter entfallende Überlieferung. Das vorstehende Verlangen unterliegt als auf weiteres folgendes Maßnahmen: a) Solange noch keine Eingänge aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Befriedigung, daß sich insoweit eine Überlieferung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermarkwertes vorläufig als diese Beilege nicht zu bedenden Gesamtheit der genannten Zahlung dem Grunde der laufenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet, b) alle Eingänge und auswärts Anleihen sollen bis zur völligen Zurückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrage hinangerechneten Betrages verwendet werden, und zwar vor allen andern Verwendungszwecken vornehmlich für die auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu bewachsenden Verbindlichkeiten und solcher anderer Vorkosten, hinsichtlich deren die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung erteilt.

Zustimmung zur deutschen Note.

Paris, 30. Mai. Wie die Morgenblätter mitteilen, hat die Reparationskommission noch gestern in vorgeschrittener Stunde die deutsche Note mit den Vorschlägen der mit Dr. Bremer in den offiziellen Besprechungen festgestellt wurden. Welt Pariser schreibt: Schon jetzt konnte man sagen, daß die Note in großen Zügen befriedigend sei. Die erste der Reparationskommission zu weitgehend als möglich ein Informationsrecht über die finanzielle Lage des Reiches zu. Dieses Recht gefahrte jedoch nicht die Möglichkeit einer Einmischung in die Reichsregierung selbst; diese behält ihre vollkommene Souveränität. Die deutsche Antwort scheint auch den Vorschlägen der Reparationskommission in Bezug auf eine Einzahlung, der Inflation zu entsprechen, da sie als Maximum der Papiergeldausgabe den Stand vom 31. März 1922 ansetzt, aber auf die Zurückführung einer internationalen Anleihe redet. Endlich enthält die deutsche Note unter anderen wesentlichen Punkten das Versprechen, einen Gehelmschutz vorzulegen, nach dem die Kapitalflucht nach dem Auslande kontrolliert werde.

Die besiedigten Libereien.

London, 30. Mai. Laut Morningpost werden die Berichte aus Berlin und Paris für die Besiedigten angehen, daß Legation und die Libereien nicht so glücklich haben, die Reparationsfrage morgen vor der Versammlung des Unterhauses für die Pingsirten aufzunehmen. Auch die Arbeiterparteien seien mit diesem Versprechen einverstanden.

Eine neue Quälerei.

Dem deutschen Volkshater in Paris ist vom Präsidenten der Volkshaterkongressen eine lange Note übergeben worden, worin es heißt, die Militären haben prüfen lassen, welche Maßnahmen auf das rheinische Eisenbahnen angewandt sind, um die Eisenbahnen zu kontrollieren. Es wird verlangt, den Bau einzustellen. Ferner soll sich Deutschland verpflichten, auf einer Anzahl näher bezeichneter Strecken Auslastungen, Verpflegungen, Bahnsteige, Depots usw. zu verzichten. Die Note ist im Namen der Volkshaterkongressen unterzeichnet von Poincaré. — Die Note unterliegt gegenwärtig der Prüfung der schiedsrichterlichen Stellen in Berlin. Sie findet im Friedensvertrag, auf dessen Artikel 48 sie sich bezieht, keine Stütze. Ihre Ausführung wird Deutschland wieder große Unkosten verursachen.

Die Abstimmung in Oberschlesien

über die Autonomiefrage wird zwei Monate nach der Uebergabe stattfinden. In den Kreisen der ober-schlesischen Parlamentarier nimmt man an, daß dieser Autonomiebestimmung erst die Reichspräsidentenwahl folgt, sobald die Reichstags- und Landtagswahlen, die in Oberschlesien notwendig sind, sowie die Kreis- und Kommunalwahlen nicht vor dem Ende des Jahres abgehalten werden dürfen. Zu dem zum Abstimmungsgebiet gehörenden Teile Deutsch-Oberschlesiens kommen für die Abstimmung über Autonomiefrage noch hinzu die Kreise Neisse, Grottau und Kattowitz.

Oberschlesien als Objekt internationaler Finanzverhandlungen.

Wie aus Kattowitz berichtet wird, sind die Verhandlungen über das französisch-polnische Syndikat, das gegründet werden soll, um den im polnischen Teile Oberschlesiens befindlichen Staatsfonds neu zu finanzieren, zurzeit zum Stillstand gekommen, da der Versuch, auch die im polnischen Teile Oberschlesiens befindliche Privatindustrie mit in die Verhandlungen einzubeziehen, an Widerstand dieser Industrie gestoßener ist. Auf der anderen Seite schweben zurzeit entwirrte Verhandlungen zwischen dem deutschen Bankensystem, der besteht ist, ein Syndikat mit deutscher, scheidlungsamtlicher und englischer Beteiligung zustande zu bringen und sowohl im deutschen wie im polnischen Teile Oberschlesiens der Eisenindustrie die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

Die deutsche Industrie in Rußland.

Berichtete Meldungen über die Bildung einer deutsch-rußischen Aktiengesellschaft. Durch die Presse gehen in letzter Zeit, von Riga aus verbreitet, Nachrichten über eine angebliche deutsch-rußische Aktiengesellschaft. An dieser sollen von deutscher Seite die A. G. Kuzn. und Stinnes beteiligt sein, von russischer Seite der Volkskommissariat für Außenhandel und der Oberste Volkswirtschaftsrat. Das Grundkapital der Gesellschaft soll 30 Millionen Papiermark betragen. Als Hauptgegenstand der Gesellschaft ist die Inbetriebnahme der Bergwerke, der Stahlwerke und der Fabriken der Metallindustrie angegeben. Wie die „Dena“ aus gutunterrichteter Quelle erzählt, haben bereits vor der Konferenz von Genoa langwierige und ausführliche Verhandlungen zwischen den drei genannten

großindustriellen und der rußischen Sowjetregierung stattgefunden. Es haben jedoch zu keinem Resultat geführt, da sich sehr bald die Verhandlungen zum Teilenswegs beendeten, sondern im Zustande der Unklarheit. Von einem endgültigen Abschluß kann deshalb nicht die Rede sein. In dieser Beziehung erit die Nachricht den Tatsachen voraus.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat

trat am Dienstag in München zu seiner fünfjährigen Jubiläumstagung unter harter Teilnahme aus dem ganzen Reiche zusammen. Vertreter waren das Reichsernährungsministerium, die Regierung von Preußen, Hessen, Braunschweig, Württemberg und Bayern. Anstelle des erkrankten Staatsministers Dr. Freiherr von Schönerer eröffnete der erste Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Landesökonomrat Rittermeyer, die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er die Jubelungsfeierlichkeit und die Treue der deutschen Stämme feierte. Es folgten eine Reihe von Ansprachen. Reichsernährungsminister Feiler übertrug die Glückwünsche der Reichsregierung zum fünfjährigen Jubiläumstag. Der bayerische Ministerpräsident Graf von Helldorf übermittelte den Dank der bayerischen Regierung. Der Reichsernährungsminister übertrug die Glückwünsche der Reichsregierung zum fünfjährigen Jubiläumstag. Der Reichsernährungsminister übertrug die Glückwünsche der Reichsregierung zum fünfjährigen Jubiläumstag. Der Reichsernährungsminister übertrug die Glückwünsche der Reichsregierung zum fünfjährigen Jubiläumstag.

Zum Tarifstreik im Versicherungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgewerbetreibender teilt mit: Der Tarifstreik in der Privatversicherung dauert noch immer an, da über die grundsätzliche Streikfrage, ab im Rahmen der bis zum 31. Dezember d. J. laufenden Reichsarbeitsverträge dringliche Gehaltsvereinbarungen anstelle der bisherigen zentralen Regelungen zulässig sind, mangels Ernennung eines unparteiischen Vorkörpers für das Tarifamt durch das zu diesem Zwecke angerufene Reichsjustizministerium eine Entscheidung noch nicht getroffen ist. Unter dem Vorbehalt vorläufiger Wahrung des gegenwärtigen Rechtsstandpunktes der Vertragsstelle hatte der Arbeitgeberverband den Angestelltenverbände eine zentrale Neuregelung der geldlichen Leistungen für den Monat Mai angeboten, die betragsliche Erhöhungen für den April-Vergabe bedeutet. Eine Einigung ist infolgedessen wiederum in den Forderungen der Angestelltenverbände gescheitert, die auf eine Erhöhung von 10 Prozent gegen den März-Vergabe hält, um mehr als 100 Prozent Lohnsteigerung.

Da der Gehaltszahlungstermin bevorsteht, und der Arbeitgeberverband den in den Betrieben tätigen Angestellten die von ihm den Verbänden angebotenen Erhöhungen nicht vornehmen will, hat er sich unter diesen Umständen genötigt gesehen, seine Mitgliedschaften zur Auszahlung der von ihm vorgelegten Besätze zu ermächtigen. Außerdem hat der Arbeitgeberverband beim Reichsarbeitsministerium unter Bezugnahme auf § 22 der L. B. D. vom 23. Dezember 1919 die Uebernaehme des Einigungs- und Schiedsverfahrens über die Neuregelung des Teil II der Reichsarbeitsverträge beantragt.

Parteienvorstand und Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei.

Am Sonnabend hielt der Vorstand der D. D. P. im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Erlens zunächst Bericht über die für die kommunistische Partei der Reichstagsabgeordneten im nächsten Parteitag, worauf Staatspräsident Tansen ein ausführliches Referat über die Getreidemalage hielt. Da wegen der Verhandlungen und Abstimmungen im Reichstag nur ein kleiner Teil der demokratischen Parlamentarier anwesend sein konnte, wurde beschlossen, kurz nach 11 Uhr eine besondere Sitzung der Reichstagsfraktion unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Erlens abzuhalten, an der auch die Reichstagsabgeordneten teilnehmen sollten, die in der das ganze Problem an der Hand des dann vorliegenden Gehelmschutzes gründlich besprochen werden soll. (Die Reichstagsfraktion hat infolgedessen beschlossen, daß diese Zusammenkunft am Abend des 13. Juni stattfinden soll).

Am nächsten Tage trat der Parteiausschuss im Reichstagsgebäude zu einer aus allen Teilen des Reiches herbeigehenden Tagung zusammen. Nachdem der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Dr. Peterlen, der seit der letzten Ausschusstagung verstorbenen führenden Parteimitglieder gedacht hatte, referierte Oberstaatssekretär Georg Bernhard-Berlin über die Konferenz in Genoa. Der Hauptberichterstattter Reichsminister Dr. Kaibsenau war wegen der gleichzeitigen Tagung des Auswärtigen Ausschusses leider verhindert, an der Versammlung des Auswärtigen Ausschusses teilzunehmen. In ausführlichen Darlegungen berichtete Bernhard über die allgemeinen Eindrücke der Konferenz und verteidigte dabei ein eingehend den deutsch-rußischen Vertrag, dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit er im einzelnen nachwies. Prof. Bonn als Korreferent beleuchtete den Vertrag von Rapallo und anderer Seite, ging in stark zugespitzter Rede besonders auf die finanziellen Fragen ein und legte die Auswärtigen Ausschusses die Ansicht dar, daß die Verhandlungen des Reparationsauschusses und die Ausschüsse einer internationalen Anleihe für Deutschland dar. Zusammenfassend stellte der Vorsitzende Dr. Peterlen fest, daß beide Referenten, wenn auch aus verschiedenen Gesichtspunkten, die Konferenz von Genoa als Gewinn bezeichnet hätten und betonte, daß die demokratische Reichstagsfraktion sich einmütig hinter den Vertrag von Rapallo und die Vorkläufe der Reichsregierung in Genoa gestellt habe.

Sodann berichtete Reichsminister A. D. Dr. Schäffer ausführlich über den Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf. In geistvollen Darlegungen schilderte er die Bildung und die Zusammensetzung der deutschen Delegation, ihre Aufgabe und ihre Tätigkeit in Genf wie in Oberschlesien. Mit farbigen Strichen zeichnete er die Persönlichkeiten Galand, das Äußerste der polnischen Delegation, die Verhandlungen in Warschau in dem die Verhandlungen stattfanden. An einigen Beispielen erläuterte er die für die deutsche Delegation sich ergebenden Schwierigkeiten und skizzierte das in harter Arbeit für Deutschland und die deutschen Interessen Erreichte.

Im Anschluß daran gab Abg. Dr. Peterlen einen Überblick über die Gestaltung der Reparationsfrage nach den letzten Ereignissen und Verhandlungen. Er führte die wichtigste Ereignisse nach der Presse über den Grund und den Verlauf der angeblichen Kabinettskrisis richtig und ging dann insbesondere auf die Ausschüsse einer internationalen Anleihe für Deutschland und die Folgen ihres etwaigen Zustandekommens auf die Reparationsfrage überhaupt näher ein. Auch in diesem Zusammenhang betonte er, daß der Abschluß des Rapallo-Vertrages die gänzliche Entwidlung der Anleihefrage nicht verhindert habe. Dann sprach er über die Verhandlungen der Reparationskommission gegen angebliche Verhandlungen von Rheinländern über die Errichtung einer rheinischen Republik unter englischer

Professoren. Die rheinischen Mitglieder der Parteiausschüsse erklärten sich bereit, auch für einen eventualen und glaubig aufgestellt. Obwohl nicht in dem genannten Personen kein Angehöriger der D. D. P. sich befindet, heißt es dann weiter, „nimmt der Parteiausschuss Anlaß, erneut zu erklären: Die Partei wird niemand in ihrer Mitte finden, der zu irgend welcher Zeit und aus irgend welchem Grunde die Errichtung einer rheinischen Republik betreibt.“ Der Parteiausschuss hat die Angelegenheit alsbald einstimmig entschieden. Von einer Ausdrucks über die gebirten Referate wurde gleichfalls Abstand genommen, nachdem festgestellt war, daß der demokratische Parteiausschuss geschlossen hinter der Volkstreu der Regierung stehe.

Zum Schluß wurde noch an Stelle von zwei ausgeschiedenen Parteiarbeitern zwei andere, die Herren Carl Schumacher und Otto Hammer, in den Parteiausschuss gewählt; ebenso wurde die Zuwahl der Herren Döberberger, meißner Böck und Prof. Berggrün, beide Berlin, in den Parteiausschuss statt.

Deutsches Reich.

Unter großer Beteiligung aus allen Teilen des Reiches, aber auch aus den abgelegenen Gebieten, dem Saargebiete, Deutsch-Böhmen, Kärnten, ja sogar aus dem Banat trat der Deutsche Studenten- und Königsberger zusammen. Dieser Bund hat den Reichstag der deutschen Wirtschafter zur Aufgabe gestellt. Der Bund besteht aus 1000 Mitgliedern. Die Mitglieder haben sich auf den glänzenden Eien des Deutschtums am 11. Juni 1920 bei der Abstimmung einmütig. Er schloß mit dem Gelübde, daß der ostpreussische Boden immerdar deutsch bleiben sollte.

Eine Reihe von Vorkommnissen haben Anlässe zur Befreiung ihrer Unternehmungen von der Verpflichtung zur Aufnahme von Betriebsvertritten in der Aufsichtspflicht gehabt. Die Verhandlungen über lange haben, ist eine Entscheidung bisher nicht erfolgt. Infolgedessen hat sich der Bantange stellen, die eine Befreiung ihrer Rechte fürchten, eine starke Unruhe bemächtigt. Der Demokrat Ziegler hat daher in einer kleinen Anfrage die Reichsregierung um Auskunft gebeten, wann die Anfrage oostschlüssig ergebnis erliefert werden würden, und in welchem Sinne die Entscheidung lauten werde. Der erste Prosch gegen den Reichsarbeitsrat. Wegen Urkundenfälschung wurde am Dienstag gegen den angeklagten Anpaß vor der dritten Strafkammer des Landgerichtes III verhandelt. Anpaß wurde in zwei Fällen Fälschung von Pfandbescheinigungen nachgewiesen, während in einem dritten Fall die Gesamtheit auf zwei Mitangeklagte fiel. Anpaß wurde zu 10 Monaten Gefängnis unter Anwendung von 10 Monaten Untersuchungshaft und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Gespenst der Mark-Besserung. Anleihe und Stabilisierung.

Ein fahrender Finanzschmarrner, der von der deutschen Regierung wiederholt zu unglücklichen Auslegungen herangezogen wurde, äußert uns: Aus den nichtöffentlichen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist u. a. bekannt geworden, daß der Großindustrielle und vorkapitalistische Abgeordnete Hugo Stinnes vor einer fortgesetzten und raschen Besserung des Markfußes dringend gewarnt hat. Denn sie müsse eine katastrophale Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Deutschland zur Folge haben. Wenn die Mark gebessert werden soll, sei eine Pause erforderlich. Die Erhöhung des Wertes der Mark dürfe nicht plötzlich in heute auf morgen, sondern nur allmählich und kufenweise erfolgen. Deutschland müsse einen geeigneten Zeitpunkt abwarten, damit katastrophale Folgen für die deutsche Wirtschaft vermieden würden.

Diese Warnung eines Mannes, der auf weitverbreiteter Markte, erfolgte zweifellos im Hinblick auf die Pariser Anleiheverhandlungen. Die Anleihe ist zwar noch nicht abgemacht, wie sie aussieht. Aber die Welt vor der Zeit. Sie soll 100 Mill. Goldmark, also eine amerikanische Milliarde betragen. Die Stimmung aller Banken und Industrien ist heutzutage sehr schlecht. Im Ausland zeigt sich eine feste Haltung der Mark. Das Ausland ist optimistisch gestimmt. Im Inlande aber herrscht Zittern und Zagen. Zum ersten Male winkt uns von außen ein Zeichen der Rettung und Hilfe, und die Wirkung in den deutschen Kreisen, besonders in denen des Handels, ist, daß man ja wärmer in die Zukunft blickt als jemals bisher in den Jahren des Zusammenbruchs. Die Worte ist klar. Jede Woche fällt der Aktienkurs. Geld ist knapp, Kredit schwer zu bekommen und sündteuer. Der Absatz beginnt zu stoden, Käufer, die kaufen könnten, streifen und warten auf das Steigen der Mark. Man sitzt mit dem Redenssitz und kalkuliert: Ist der Dollar am nächsten Ultimo auf 200 gestiegen und bin ich bis dahin meine Ware nicht los, so ist sie die Hälfte wert und ich bin bankrott. Solches Gespenstertreiben ist aber nur dann berechtigt, wenn die Mark rasch und plötzlich auf einen sehr guten Kurs stabilisiert werden würde. Jedoch, wer will das? Ein so gefährliches Experiment zu wagen, liegt sowohl der deutschen Regierung als auch dem Auslande fernerlich fern. An die Stabilisierung können wir überhaupt erst herangehen, wenn der Deutschtums Reparationsvertrag durch den Kauf dieses Jahres abgeschlossen werden, daß die mit der internationalen Anleihe und ihren hohen Zinsen und der Steuerkraft und Zahlungsbilanz Deutschlands vereinbar sind. Das Problem der Stabilisierung ist so gewaltig, daß nur ein großes internationales Finanzkonjunktum sich ihrer Lösung annehmen könnte. Und dieses Konjunktum wird sehr bald einsehen, daß man mit einem festen Stabilisierungskurs nicht beginnen kann. Vielmehr wird man erst langsam versuchen, auf welchen Kurs einleitend eine gewisse Stabilisierung zu erzielen ist. Zuerst wird sich nämlich die Spekulation, die alle böse Freie, auf das neugeborene Aindeln stützen. Die Welt wird eine Zeitlang so wild und trübsallos in Papiermark spielen, wie dies das deutsche Publikum in den Grünberjahren in wertlosen Aktien getan hat. Vielleicht wird jeder Kellner in Zürich und Prag seine Tringelbier, jedes Dienstmädchen in Mailand und Newport seine Erparnisse „gewinnbringend“ in deutscher Reichsmark anlegen.

Diese Spekulation ist noch eine verhältnismäßig kleine Gefahr. Viel schwerer drückt der ungeheure Weich des Auslandes, der schon vorhanden ist, an deutschen Banknoten, Guthaben und kurzfristigen deutschen Schuldverschreibungen, insbesondere Schatzanweisungen. Der bekannte Sachverständige Dr. Meißner schätzt ihn auf ungefähr 75 Milliarden Papiermark. Dieser Betrag ist so groß, daß er in der Lage wäre, jeden Fonds an Dollars, Pfunden und Gulden, den das Finanzkonjunktum annehmen wird, aufzusaugen, um wie eine Lavine die Schatzkammer, die gegen die meiste Entwertung der Mark aufgerichtet werden soll, niederzureißen. Man wird also sehr langsam und vorsichtig bei der Stabilisierung vorgehen müssen, geling sie, so wird die Zeit, die wir dann noch durchmagen, nicht leicht sein. Von jedem einzelnen Unternehmer und Arbeiter wird noch mehr Anwendung und Verantwortschaftsgefühl als bisher verlangt werden. Wir müssen durch eine Krise hindurch. Aber hilflose Angst würde die Lage nur verschlimmern.